

DhZ-Kongress

6. Monitoring Energiewende

Dienstag, 05. Dezember 2017, 11:30 Uhr

hbw Haus der Bayerischen Wirtschaft,
ConferenceArea, Europasaal
Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Begrüßung

Alfred Gaffal

Präsident

vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,
herzlich willkommen zu unserem
„Deutschland hat Zukunft“-Kongress.

Nach der Reaktorkatastrophe von
Fukushima im März 2011 hat die
Bundesregierung beschlossen, die Laufzeit
der Kernkraftwerke stark zu verkürzen.

Bereits bis 2022 werden die verbleibenden
Reaktoren vom Netz genommen.

Zum Zeitpunkt dieser Entscheidung beruhte
die Stromversorgung Bayerns zu über
50 Prozent auf Kernenergie.

Diese Leistung zu ersetzen, ist eine
gewaltige Herausforderung.

Seit 2012 erstellt die Prognos AG im Auftrag
der vbw jährlich ein Energiewende-
Monitoring.

Das Vorankommen der Energiewende wird
anhand von vier Hauptkriterien bewertet:

Erstens: Versorgungssicherheit

Zweitens: Bezahlbarkeit bzw.
Wirtschaftlichkeit.

Drittens: Erneuerbare Energien und
Energieeffizienz.

Viertens: Umweltverträglichkeit.

Ein Ampelsystem mit den Farben Grün, Gelb und Rot zeigt jeweils an, wo wir bei diesen Punkten stehen – und zwar sowohl in Deutschland insgesamt, als auch in Bayern.

Orientierung für die Bewertung liefern

- auf Bundesebene das Energiekonzept der Bundesregierung
- für Bayern das „Bayerische Energieprogramm“.

Bezugsjahr des 6. Energiewende-Monitorings, das wir heute vorstellen, ist das Jahr 2016.

Ich begrüße an dieser Stelle Frau Dr. Almuth Kirchner von der Prognos AG.

Sie wird Ihnen später die Fakten des 6. vbw Energiewende-Monitorings im Detail erläutern.

Doch zunächst möchte ich Ihnen einen Überblick über die wesentlichen Ergebnisse geben.

Die Bewertung der Energiewende hat sich gegenüber dem letzten Bericht kaum verändert, sie ist nahezu gleich geblieben.

Das ist eine schlechte Nachricht, denn nach wie vor dominiert die Ampelfarbe „Rot“.

Die Energiewende verläuft weiterhin enttäuschend.

Man könnte auch sagen: Sie steckt fest.

Zunächst zu den Ergebnissen für Deutschland insgesamt.

Die Versorgungssicherheit ist deutschlandweit das einzige der vier Hauptkriterien, das nicht auf Rot steht, sondern auf Gelb.

Die Stromversorgung ist damit nach wie vor sicher.

In Deutschland stand auch 2016 ausreichend Kraftwerksleistung zur Verfügung, um den Strombedarf jederzeit – auch bei Jahreshöchstlast – zu decken.

Ein Grund dafür ist, dass der Anteil der fossilen Reservekraftwerke gewachsen ist.

Auch der Anteil der Erneuerbaren Energien an Leistung und Stromerzeugung ist gestiegen.

Die Stromausfallzeit war absolut gesehen und im internationalen Vergleich gering.

Negativ schlagen allerdings nach wie vor die Verzögerungen beim Netzausbau

gegenüber dem ursprünglichen Plan zu Buche.

Ebenfalls problematisch sind die vielen nötigen und teuren Eingriffe der Netzbetreiber zur Stabilisierung der Stromversorgung.

Das Hauptproblem der Energiewende sind die hohen Kosten:

Das Kriterium „Bezahlbarkeit“ befindet sich daher seit Jahren im tiefroten Bereich.

Hauptpreistreiber sind die EEG-Umlage und zunehmend die Netzentgelte.

Die Kosten für den Netzausbau und die Maßnahmen zur Sicherung der Stromversorgung schlagen immer mehr zu Buche.

Die Strompreise für Endkunden, die nicht unter die besondere Ausgleichsregelung des EEG fallen, liegen erheblich über dem

Wert von 2008 und im internationalen Vergleich an der Spitze.

In Deutschland zahlen Unternehmer zum Beispiel rund 50 Prozent mehr für den Strom als in Frankreich, das Doppelte wie in den USA und 90 Prozent mehr als in Polen.

Und das, obwohl 2016 die Preise für Industriestrom in Deutschland etwas gesunken sind: Der Rückgang des Strombörsenpreises hat den Anstieg der Abgaben überkompensiert.

2017 sind die Industriestrompreise aber schon wieder weiter gestiegen.

Gründe dafür sind die weiter gewachsene EEG-Umlage sowie höhere Beschaffungs- und Vertriebskosten.

Auch beim Haushaltsstrom hat Deutschland im europäischen Vergleich Spitzenpreise:

Von den 28 EU-Staaten zahlen nur Haushalte in Dänemark mehr als die Bürger

bei uns. [ca. 1 Cent pro Kilowattstunde mehr: ca. 31 statt 30 Cent].

Der durchschnittliche Haushaltsstrompreis war 2016 um 37 Prozent höher als 2008!

Insgesamt gilt:

Die hohen Strompreise belasten unsere Bürgerinnen und Bürger und sind für unseren Standort und die Unternehmen ein gravierender Nachteil im internationalen Wettbewerb.

Zumal jetzt schon fest steht, dass die Strompreise in den nächsten Jahren weiter steigen werden.

Der marginale Rückgang der EEG-Umlage im Jahr 2018 ist dabei lediglich eine vorübergehende Delle.

Schon ab 2019 wird die EEG-Umlage wieder zulegen.

Deutschlandweit im roten Bereich bleibt auch das Kriterium „Energieeffizienz und erneuerbare Energien“.

Bei der Energieeffizienz entfernt sich Deutschland seit einigen Jahren immer weiter von den staatlichen Zielen:

- Der Bruttoenergieverbrauch ist seit 2014 wieder gestiegen, obwohl er laut Plan jährlich um 10 Prozent sinken sollte.
- Auch beim Primärenergieverbrauch geht es in die falsche Richtung. Statt wie vorgesehen weiter zurückzugehen, ist er 2016 sogar gestiegen. Er lag fast acht Prozent über dem staatlichen Ziel.
- Positiv ist allerdings, dass die Stromintensität der deutschen Industrie zwischen 2009 und 2016 um 17 Prozent zurückging!

Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien hat sich in Deutschland von 2008 bis 2016 mehr als verdoppelt.

Ihr Anteil an der Bruttostromerzeugung liegt bereits bei 32 Prozent und damit deutlich über dem Zielpfad.

Das ist kein Grund zur Freude, weil die für den Stromtransport nötigen Netze fehlen.

Auch beim Klimaschutz setzt das Monitoring Deutschland auf Rot.

Die nötigen Einsparungen, um die CO₂-Emissionen von 1990 bis 2020 um 40 Prozent zu reduzieren, wurden 2016 erneut nicht erreicht.

Die CO₂-Emissionen stagnieren seit 2014 und liegen jetzt sieben Jahre hintereinander deutlich über dem Plan.

Das heißt: Trotz Milliardenförderung – siehe EEG – wird auch beim Klimaschutz das deutlich verfehlt.

Jetzt zu den Ergebnissen für Bayern:

Der Freistaat befindet sich etwas näher an seinen im Energieprogramm selbst gesteckten Zielen.

Bei den Kriterien

- Versorgungssicherheit
- Bezahlbarkeit und
- Umweltfreundlichkeit,

haben die Ampeln in Bayern die gleiche Farbe wie in Deutschland:

Die Stromversorgung steht in Bayern wie im Bund auf Gelb und ist auch nach Stilllegung weiterer Kraftwerke gesichert.

Die Gründe sind insbesondere

- die vollständige Inbetriebnahme der Thüringer Strombrücke am 14. September 2017,
- das massive Aufstocken der Kraftwerksreserven sowie

- der geplante Bau von bis zu 1,2 Gigawatt zusätzlicher Gaskraftwerksleistung in Süddeutschland bis 2021/2022.

Klar ist aber auch, dass die Versorgungssicherheit in Zukunft eine immer größere Herausforderung für den Freistaat darstellen wird, weil demnächst große Kraftwerke vom Netz gehen – wie etwa das Kernkraftwerk Grundremmingen B zum 31. Dezember dieses Jahres.

Bei der Bezahlbarkeit unterscheidet sich der Freistaat nicht vom Bund, die Ampel ist ebenfalls tiefrot.

Rot ist auch – wie im Bund – das Kriterium der Umweltfreundlichkeit:

Die Emissionen in Bayern sind im letzten Jahr angestiegen.

Emittiert wurden 2016 ca. 6,1 Tonnen CO₂ pro Kopf. Vom Zielpfad, bis 2025 5,5

Tonnen pro Kopf zu emittieren, hat sich Bayern damit weiter entfernt.

Etwas besser als der Bund steht der Freistaat allerdings beim Kriterium „Energieeffizienz Erneuerbare Energien“ da.

Hier landet er im gelben Bereich, während die deutsche Ampel auf Rot steht.

So hat sich die Stromintensität der Wirtschaft zwischen 2009 und 2016 in Bayern mit minus 29 Prozent deutlich stärker reduziert als im Bund (-17 %).

Die bayerische Wirtschaft agiert hier vorbildlich!

Auch die Energieproduktivität hat sich in Bayern besser entwickelt. Das Ziel [Steigerung der Produktivität um 2,1 Prozent pro Jahr] wurde übererfüllt. Die Energieproduktivität lag 2016 knapp acht Prozent über dem Zielpfad!

Und: Im Freistaat ging der Primärenergieverbrauch – im Gegensatz zu Deutschland – im Jahr 2016 zurück.

Meine Damen und Herren,

unser Energiewende-Monitoring zeigt wenig Licht und viel Schatten.

So kann es nicht weitergehen.

Wir brauchen eine andere Energiepolitik.

Nötig ist vor allem eine Kehrtwende bei der Förderung der erneuerbaren Energien.

Die Kosten der Energiewende laufen aus dem Ruder.

Die Energiewende kostet allein bis 2025 520 Milliarden Euro!

Der größte Brocken dabei ist die EEG-Umlage: Allein dafür müssen die Stromverbraucher bis 2025 rund 410 Milliarden Euro zahlen.

Bis 2015 sind von den 520 Milliarden Euro erst rund 150 Milliarden Euro angefallen. Jedes Jahr kommen mittlere zweistellige Milliardenbeträge dazu.

Das Gros der Kosten, also mehr als 300 Milliarden Euro, muss bis 2025 noch bezahlt werden.

Das muss unsere Volkswirtschaft, und das müssen die Bürger schultern.

Und trotz dieser immensen Kosten verfehlen wir unsere Klimaziele!

Besonders betroffen von den Kostensteigerungen sind Unternehmen, die im internationalen Wettbewerb stehen und nicht unter die besondere Ausgleichsregelung des EEG fallen.

Deshalb gilt nach wie vor: Wir brauchen kurzfristig eine Strompreisbremse. Ein wirksamer Hebel wäre das Streichen der Stromsteuer.

Auch ein Streckungsfonds zur Deckelung der Förderkosten für den Ausbau der Erneuerbaren ist sinnvoll.

Meine Damen und Herren,

die Energiewende ist ein Desaster.

Sie hat bereits jetzt profitable klassische Energieunternehmen wirtschaftlich in schweres Fahrwasser gebracht.

Zudem verschlechtert sich inzwischen auch das wirtschaftliche Umfeld für die Anbieter von Erneuerbaren Energien immer mehr.

Ein wichtiger Grund sind die unsicheren Investitionsbedingungen aufgrund der unklaren Fördersituation.

Um Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Inland zu halten, müssen unsere Strompreise auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau sinken.

Das wird aber nur gehen, wenn wir die Marktintegration der erneuerbaren Energien

zünftig vorantreiben und uns vom Fördersystem des EEG verabschieden.

Bisher erleben wir eine Politik der Alleingänge ohne Masterplan.

Wir stehen zum Ausstieg aus der Kernenergie – 80 Prozent der Bevölkerung will ihn. Aber man kann nicht völlig ausblenden, dass in China 24 neue Kernkraftwerke gebaut werden [weltweit: 67 Reaktoren im Bau], Japan an der Kernenergie festhält und ebenso die meisten unserer europäischen Nachbarn.

Jetzt gibt es Bestrebungen, genauso überstürzt und ohne realistischen Plan aus der Kohle auszusteigen. Alleine im Jahr 2015 hat China 52.000 Megawatt an Kohlekraftwerkskapazität zugebaut. Dieser Zubau entspricht in etwa der heute insgesamt in Deutschland installierten Kapazität an Kohlekraftwerken.

Noch einmal: es geht mir nicht um den Erhalt der Stromerzeugung aus Kernenergie oder aus Kohle. Es geht mir darum, dass es an einem Gesamtplan fehlt, wie der Wegfall von ganzen Energieträgern kompensiert werden kann, ohne die Versorgungssicherheit und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu gefährden!

Wir brauchen dringend ein in sich schlüssiges energiewirtschaftliches Gesamtkonzept, in dem

- Erzeugung,
- Verbrauch,
- Transport,
- Energieeffizienz und
- Speicherlösungen

zeitlich und räumlich aufeinander abgestimmt sind und auch die Kosten genannt werden.

Dabei muss auch Investitionssicherheit gewährleistet werden.

Das mindeste, was man erwarten kann, ist doch ein klares nationales Konzept, das in ein ebenso klares europäisches Konzept eingebettet ist.

Wir brauchen endlich einen europäischen Energiebinnenmarkt mit einheitlichen Regeln.

Zur Klimapolitik, die ja eng mit der Energiepolitik zusammenhängt, nur so viel:

Aktuell herrscht weltweit immer noch eine „Klimapolitik mit Schlagseite“.

Während Deutschland seine CO₂-Emissionen auf jährlich rund 800 Millionen Tonnen zurückgeführt hat, sind sie allein in China von 2010 bis heute um über 2 Milliarden Tonnen gestiegen!

Alleine dieser Anstieg ist zweieinhalb Mal so hoch wie unsere gesamten Emissionen pro Jahr. Das ist dramatisch!

Das zeigt: Wir in Deutschland mit 1 Prozent der Weltbevölkerung können die Welt alleine nicht retten!

Das Pariser Klimaabkommen will die Voraussetzungen dafür schaffen, dass künftig alle ihren gerechten Beitrag leisten.

Das ist auch gut so.

Aber statt auf dem Weg dieses Vertrages zu bleiben und zu sehen, was die anderen, die ja jahrelang nichts beigetragen haben, auf den Tisch legen – ist Deutschland mit dem nationalen Klimaschutzplan erneut vorgeprescht!

Danach müssen die CO₂-Emissionen im Vergleich zu 1990 bis 2030 um mindestens 55 Prozent gemindert werden.

Dafür hat die Bundesregierung willkürlich tonnenscharfe Sektorziele gesetzt.

Eine Prüfung der technologischen und wirtschaftlichen Machbarkeit fehlt.

Dieses Vorpreschen ist vor allem deshalb unverständlich, weil bereits klar ist, dass wir das bis 2020 gesetzte Einsparungsziel weit verfehlen werden.

Diesen Klimaschutzplan muss die künftige Bundesregierung vom Tisch nehmen.

Maßstab müssen die internationalen Vereinbarungen der Weltklimakonferenzen sein.

Ansonsten drohen der deutschen Wirtschaft weitere massive Sonderlasten und Nachteile im internationalen Wettbewerb.

Wir müssen weg von nationalen Alleingängen, die noch dazu die falschen Schwerpunkte setzen: Das gilt auch für die Automobilindustrie:

Statt den Verbrennungsmotor zu verdammen sollte man sich um die Energieeffizienz kümmern.

Die absurde Debatte über den Dieselmotor steht dazu im Widerspruch.

Wir brauchen den Dieselantrieb gerade um die Klimaziele besser zu erreichen.

Notwendig ist es vielmehr, die Möglichkeiten dieser Technologie weiter auszuschöpfen.

Und an weiteren Optionen zu forschen und zu arbeiten: Elektromobilität, Brennstoffzellen, Gasantrieb oder innovativer Kraftstoffen.

Der Staat ist gut beraten, auf Technologieneutralität zu setzen.

Enorme Einsparpotenziale gibt es vor allem auch bei den Wohngebäuden. Da wird mehr als ein Drittel der gesamten Energie verbraucht.

Die politischen Sanierungsziele werden auch hier weit verfehlt.

Statt wie angestrebt zwei Prozent wird nicht einmal ein Prozent unseres Gebäudebestandes pro Jahr saniert.

Um voranzukommen, brauchen wir endlich die steuerliche Absetzbarkeit von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung. Ich fordere das bereits seit mehr als drei Jahren. Doch vergebens.

Obwohl die positive Wirkung der steuerlichen Abschreibung unbestritten ist und ein echtes Investitionsprogramm wäre, steckt das Thema fest.

Wenn Regierung und Bundestag dafür sind, ist der Bundesrat dagegen.

Auch im Klimaschutzplan 2050 ist die steuerliche Abschreibung nicht enthalten.

Meine Damen und Herren,

das 6. vbw Energiewende-Monitoring und die aktuellen politischen Entwicklungen zeigen ganz deutlich:

Es ist allerhöchste Zeit, die Energiewende besser zu managen!

Deutschland muss sich realistische Ziele setzen, um unsere Volkswirtschaft und die Bürger nicht mit grünen Träumen zu überfordern.

Aufwand und Ertrag stehen in keinem Verhältnis.

Wir stecken fest – so darf es nicht bleiben.

Vielen Dank!